



An das  
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit  
Stubenring 1  
1011 Wien

Der Vorsitzende

VA 6100/94-V/1/01 - KM

Wien, am 10. Mai 2001

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Kinderbetreuungsgeldgesetz erlassen wird sowie das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Mutterschutzgesetz 1979, das Eltern-Karenzurlaubsgesetz, das Landarbeitsgesetz 1984, das Karenzgeldgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Überbrückungshilfengesetz, das Einkommenssteuergesetz 1988 und das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz geändert werden

Stellungnahme der Volksanwaltschaft zu  
GZ 15.000/13-I/22/01

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Volksanwaltschaft nimmt zu obigem Gesetzesentwurf wie folgt Stellung:

Zu Art. 1 (Kinderbetreuungsgeldgesetz – KBGG):

Zu § 2 KBGG:

Aus § 2 KBGG ergibt sich eine eingeschränkte Anspruchsberechtigung für nicht österreichische Staatsbürger. Ausgeschlossen sind vor allem Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, die sich kürzer als fünf Jahre ständig im Bundesgebiet aufhalten (aufgehalten haben) und hier bislang nicht im Rahmen eines Dienstverhältnisses tätig waren, sondern eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausgeübt haben, weiters ausländische Studenten und Studentinnen (bei denen in der Regel die genannte Mindestaufenthaltsdauer nicht gegeben sein

Neue Rechtschreibung

wird) sowie Asylwerber, die sich während des anhängigen Verfahrens rechtmäßig im Inland aufhalten. Für ausländische Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen, die die genannte Mindestaufenthaltsdauer nicht nachweisen können, soll in § 2 Abs 2 KBGG eine „Härteregelung“ vorgesehen werden: Kinderbetreuungsgeld soll für diesen Personenkreis bei Erfüllung der bisherigen Anwartschaft nach dem KGG gebühren.

Die im Zusammenhang mit § 2 KBGG vorgenommene Differenzierung zwischen unterschiedlichen Gruppen von Ausländern mit einer unter fünf Jahren liegenden Aufenthaltsdauer erscheint nicht sachgerecht. Warum etwa soll eine seit zwei Jahren in Österreich wohnende Person ausländischer Staatsangehörigkeit kein Kinderbetreuungsgeld erhalten, wenn sie in dieser Zeit durchlaufend selbstständig erwerbstätig war, dieselbe Person aber einen Anspruch haben, wenn für dieselbe Zeit eine unselbstständige Erwerbstätigkeit ausgeübt worden wäre? Dabei ist insbesondere auch zu bedenken, dass der Familienlastenausgleichsfonds, aus dem das Kinderbetreuungsgeld finanziert werden soll, unter anderem auch aus Einkommenssteuererträgen selbstständig Erwerbstätiger gespeist wird (§ 39 Abs 5 FLAG idgF iVm Artikel 2 [§ 39j FLAG] des vorliegenden Entwurfs) und der erklärte Zweck des Kinderbetreuungsgeldes ganz allgemein in einer Entkoppelung jener Familienleistung vom Erfordernis einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit liegt. Es ergeben sich somit Bedenken im Hinblick auf Art I Abs 1 BVG-Rassendiskriminierung BGBl 390/1973, der eine sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Ausländern untereinander verbietet.

Im Lichte des Grundsatzes der Einheitlichkeit der Rechtsordnung sowie im Hinblick auf einen möglichst einfachen und unbürokratischen Vollzug des KBGG schlägt die Volksanwaltschaft vor, den Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld für alle nach fremdenrechtlichen Vorschriften in Österreich zum Aufenthalt berechtigten Ausländer auszuweiten. Will man die Anknüpfung am FLAG beibehalten, so ließe sich das legislativ am einfachsten durch eine entsprechende Modifikation des § 3 FLAG erreichen.

Zu § 3 KBGG:

Anders als dies beim Karenzgeld derzeit der Fall ist, werden zum Kinderbetreuungsgeld keine Familienzuschläge gewährt. Dadurch kann es bei Familien mit mehreren Kindern im Vergleich zur bisher geltenden Rechtslage zu einer Leistungskürzung kommen. Durch die vorgesehene Erhöhung des Mehrkindzuschlags, wird diese Kürzung vor allem bei Familien mit zwei und drei Kindern nicht kompensiert.

**Beispiel:**

Eine Frau mit zwei Kindern erhält derzeit im Zusammenhang mit der Geburt eines dritten Kindes ein tägliches Karenzgeld (Grundbetrag) von S 188,10 zuzüglich zweier Familienzuschläge von jeweils täglich S 13,30, womit sich eine Gesamtleistung von S 214,70 täglich und S 6.441,-- bzw. 6.655,70 (bei 31 Tagen) monatlich errechnet. Kinderbetreuungsgeld würde demgegenüber nur im Betrag von täglich S 14,53 €, also umgerechnet S 199,90 täglich gebühren, was einem Monatsbetrag von S 5.997,-- bzw. 6.196,90 (31 Tage) entsprechen würde. Es ergibt sich also im Vergleich zum Karenzgeld eine monatliche Leistungskürzung von rund S 500,--. Dem steht eine geplante Erhöhung des ab dem dritten Kind gebührenden Mehrkindzuschlags nach dem FLAG um lediglich rund S 100,-- gegenüber. In Summe ergibt sich also ein Minus von rund S 400,-- monatlich.

Die Regelung des § 3 KBGG passt zudem nicht zu der in Art 10 Z 5 und 6 des Entwurfs vorgesehenen Adaption des KGG. Nach den Erläuterungen soll das für „Altfälle“ weiterhin gebührende Karenzgeld dem Kinderbetreuungsgeld angepasst werden und insbesondere eine Harmonisierung hinsichtlich der Leistungshöhe erfolgen. Dementsprechend soll der Grundbetrag auf 14,53 € erhöht werden. Tatsächlich wird das Karenzgeld für diese Übergangsfälle aber höher sein, als das Kinderbetreuungsgeld, da die Regelung über die Familienzuschläge im KGG beibehalten wird. Diese Zuschläge sollen zusätzlich zum erhöhten Grundbetrag gebühren.

Die Volksanwaltschaft schlägt vor, auch zum Kinderbetreuungsgeld weiterhin Familienzuschläge zu gewähren, damit es im Vergleich zur bestehenden Rechtslage zu keiner Kürzung der Leistungshöhe kommt und Widersprüchlichkeiten in Bezug auf auslaufende Karenzgeldfälle vermieden werden.

**Zu § 8 KBGG:**

Aus Sicht der Volksanwaltschaft sollte im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Einkommensbegriff klar gestellt werden, ob und inwieweit zwischen den einzelnen Einkunftsarten (vor allem Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit und Einkünften aus selbstständiger Arbeit bzw. aus Gewerbebetrieb) ein Verlustausgleich (vgl. § 2 Abs. 2 Einkommensteuergesetz 1988) anerkannt wird.

Im Zuge der den Bereich des AIVG betreffenden Prüftätigkeit der Volksanwaltschaft, bei der sich vergleichbare Fragen des Einkommensbegriffs beim Zuverdienst zum Arbeitslosengeld/zur Notstandshilfe stellen, hat die Frage des Verlustausgleichs immer wieder Anlass zu Auslegungs- und Vollzugsproblemen gegeben. Eine klare gesetzliche Regelung in Bezug auf diese Problematik wäre daher zu begrüßen.

Zu Art 7 (Änderung des Mutterschutzgesetzes):

Zu Z. 2 (§§ 15 bis 15 i MSchG):

Während des Kinderbetreuungsgeld bis zur Vollendung des 30. Lebensmonates des Kindes gebühren soll (bei alleiniger Inanspruchnahme durch einen Elternteil) soll die Dauer der Karenz, auf die gegenüber dem Dienstgeber ein Anspruch besteht weiterhin mit der Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes begrenzt sein (§ 15 MSchG).

Aus Sicht der Volksanwaltschaft sollte der arbeitsrechtliche Anspruch auf Karenz mit der Anspruchsdauer auf Kinderbetreuungsgeld in Übereinstimmung gebracht und auch der Kündigungsschutz entsprechend erweitert werden. Dementsprechend sollte ein Anspruch auf Karenz bis zur Vollendung des 30. Lebensmonats des Kindes vorgesehen und auch der Kündigungsschutz bis auf vier Wochen nach diesem Zeitpunkt erstreckt werden. Dies im Hinblick darauf, dass andernfalls viele Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer den vollen Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld nicht realisieren können, weil möglicherweise der Dienstgeber einer mehr als zweijährigen Karenz nicht zustimmt.

§ 15e Abs 3a MSchG beschränkt die Möglichkeit während der Karenz eine über die Geringfügigkeitsgrenze hinausgehende Beschäftigung auszuüben auf eine Beschäftigung beim bestehenden Dienstgeber und begrenzt zudem Dauer einer solchen Beschäftigung mit grundsätzlich 13 Wochen im Kalenderjahr.

Im Hinblick auf die im Zusammenhang mit dem Kinderbetreuungsgeld vorgesehene, relativ hohe Zuverdienstgrenze von 14.600,-- € erscheinen die vorgeschlagenen arbeitsrechtlichen Begrenzungen einer versicherungspflichtigen Beschäftigung unverhältnismäßig restriktiv.

Die Volksanwaltschaft regt daher an, eine mögliche Beschäftigungsaufnahme während der Karenz auch bei einem anderen Dienstgeber zuzulassen und von einer zeitlichen Begren-

- 5 -

zung Abstand zu nehmen. Die im KBGG vorgesehene Einkommensgrenze erscheint im Hinblick auf die Begrenzung der Erwerbstätigkeit während der Karenz ausreichend. Zusätzlich zu berücksichtigende Schranken würden von den Kindergeldbeziehern und Kindergeldbezieherinnen nur als mehr oder weniger unnötige bürokratische Hürden bei der Erzielung eines Zuverdienstes empfunden werden und letztlich auch dazu führen, dass eine volle berufliche Wiedereingliederung oder berufliche Neuorientierung erschwert wird bzw. sich bietende Zuerwerbsmöglichkeiten nicht in Anspruch genommen werden (können).

Der Vorsitzende

Volksanwalt Horst Schender e.h.